

ÖVP übernimmt FPÖ-Lösung für Wohnraumsicherung

Den Großteil des Jahres leerstehende Chalet-Dörfer und Apartmentsiedlungen für Touristen haben in Salzburg zu einer Wohnpreis-Explosion geführt. Jetzt hat der Landtag die FPÖ-Forderung zur Wohnraumsicherung für Einheimische übernommen, freut sich FPÖ-Obfrau Marlene Svazek. **S. 13**



Foto: FPÖ Salzburg

FPÖ setzt Schlussstrich unter die „Ibiza-Affäre“

Ex-Obmann HC Strache wegen parteischädigendem Verhalten ausgeschlossen

S. 2/3



Der Aufbruch in eine neue freiheitliche Ära

Norbert Hofers Jahresrückblick und Ausblick auf die neue FPÖ – **S. 4/5**

PARLAMENT

Staats-Millionäre

Nicht nur bei den Casinos Austria rollen die Millionen in der Chefetage. Bei der Post verdienen die Chefs in einer Woche das Jahresgehalt eines Postlers. FPÖ-Chef Norbert Hofer fordert eine Reform der Gehaltsstruktur in den staatsnahen Unternehmen. **S. 6**

AUSSENPOLITIK

Solo für Brüssel

Auf dem Klimagipfel in Madrid sind bis auf die EU alle westlichen Industrienationen aus dem UN-Wahwitzprojekt „Klima-Rettung“ ausgeschieden. Jetzt will die Union im Alleingang mit einem 100-Milliarden-„Green Deal“ das Weltklima retten. **S. 8/9**

IN EIGENER SACHE

Liebe Leser!

Die nächste Ausgabe der NFZ erscheint am 9. Jänner 2020. Wir wünschen unseren Lesern ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr!





AUS DER
REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

Die beiden jüngsten Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes zur Sozialhilfe Neu und dem Sicherheitspaket haben einmal mehr gezeigt, wie sehr es die FPÖ braucht, um in diesem Land Reformen umzusetzen, die eine „Ver-Merkelung“ Österreichs verhindern.

Rechtsstaat, oder?

Das Argument der Verfassungsrichter, gute Sprachkenntnisse würden die Vermittelbarkeit am Arbeitsmarkt nicht beeinflussen, ist einfach skurril und zeugt von einem gewissen (politisch motivierten) Realitätsverlust, der sich schon seit Jahren durch ihre Urteile zieht.

Oder ist es schlichtweg voraus-eilender Gehorsam gegenüber dem Europäischen Gerichtshof und dessen Drang zur Aushöhlung des nationalen Verfassungsrechts. Die dänischen Verfassungsrichter haben dagegen Rückgrat gezeigt, und diese Zuwanderungsbremse in den Sozialstaat für verfassungsgemäß befunden.

Nicht minder verwunderlich das höchststrichterliche „Datenschutz-Argument“ zum Sicherheitspaket, mit dem der Kampf der Exekutive gegen die organisierte Kriminalität und den Terrorismus behindert wird. Steht der Datenschutz Krimineller über der Sicherheit der Österreicher?

Das Recht hat der Politik zu folgen, die den Willen des Souveräns in Gesetze gießt. So steht es in der Verfassung. Daran sollten sich die Höchststrichter erinnern, auch wenn sie den Willen des Souveräns aus eigener politischer Überzeugung gelegentlich nicht goutieren. Schließlich ist Österreich ein demokratischer Rechtsstaat – und noch kein oligarchischer Richterstaat. Oder?

FPÖ vollzieht Straches „Selbstmord“

Norbert Hofer: Die FPÖ wird eine „seriöse, stabile, rechtskonservative“ Bewegung

Dem befürchteten Schrecken ohne Ende wurde vergangenen Freitag doch ein Ende bereitet: Nach der Sitzung des Parteigerichts der Wiener FPÖ verkündeten Bundesparteiobmann Norbert Hofer und Wiens designierter Landesparteiobmann Dominik Nepp den Ausschluss von Ex-Obmann HC Strache.

Mit dem Nicht-Erscheinen vor dem Parteigericht hat der Ex-Obmann seinen Ausschluss aus der Partei de facto selbst vollzogen. Das Parteigericht habe in Abwesenheit über „zahlreiche mediale Äußerungen, Facebook-Postings und öffentliche Auftritte“ geurteilt, begründete Dominik Nepp die Entscheidung.

Die Spesenwürfe seien nicht Teil des Schiedsgerichts gewesen, diese seien von den Behörden zu klären, betonte Nepp. Es habe zwar entsprechende Prüfmechanismen in der FPÖ Wien gegeben. Aber, wenn „von Anfang an keine richtigen Rechnungen in den Kreislauf kommen, sondern vermeintlich gefälschte, ist man leider chancenlos. Deswegen bin ich auch sehr enttäuscht, fühle mich aber auch getäuscht“, erklärte Nepp.

Statuten verzögerten Prozedur

Strache war bereits Anfang Oktober infolge des „Ibiza-Videos“ und vor allem wegen der Spesenaffäre von Parteiobmann Hofer suspendiert worden. Dass Strache nicht schon früher ausgeschlossen wurde, bedauerte Hofer nicht, man wollte dem früheren Parteichef ein faires Verfahren bieten. „Die Prozedur ist notwendig gewesen, da man

zwischen einfachen Parteimitgliedern und Mitgliedern der Bundesparteileitung unterscheiden muss. Der Ausschluss erfolgt bei Letzteren immer durch die jeweilige Landespartei“, erläuterte Hofer die Statuten.

„Für uns ist es eine Befreiung“, kommentierte der FPÖ-Bundesparteiobmann den Schritt. Denn damit sei endlich ein Schluss-Strich unter die „Causa Ibiza“ und die „Spesenaffäre“ gezogen worden, die der Partei im letzten halben Jahr nicht nur auf Bundes-, sondern auch auf Landesebene geschadet und sich in den Ergebnissen zur Nationalratswahl sowie den Landtagswahlen in Vorarlberg und der Steiermark niedergeschlagen hätten.

Zukunftspläne der FPÖ

Die FPÖ kann nun in die Zukunft schauen, betonte Hofer, der dazu neben der inhaltlichen Ausrichtung auch die persönliche Messlatte für die Partei präziserte: „Die FPÖ wird eine seriöse, stabile, rechtskonservative Bewegung, deren Potential die 25-Prozent-Marke sein wird.“

Dies wolle man nach der „Spesenaffäre“ auch mit einer „neuen Bescheidenheit“ erreichen, „Skandale und Personenkult“ hätten in



Der Schlussstrich unter „Ibiza- und Spesenaffäre“ erläuterten Landeschef Dominik Nepp

der freiheitlichen Bewegung keinen Platz mehr. Inhaltlich wollen die Freiheitlichen künftig auch auf Themen setzen, bei denen die FPÖ in der Öffentlichkeit noch nicht so richtig wahrgenommen worden sei, etwa bei der Bildung oder dem „Klimaschutz mit Hausverstand“.

Ein realistisches Ziel, wie auch FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl meint: „Dass eine Stabilisierung zwischen 16 und 18 Prozent bei den Wahlen möglich war, nach allem, was passiert ist, das ist ein Qualitätsnachweis unserer hervorragenden Arbeit in der Vergangenheit.“



SPITZE FEDER Weihnachtsmärchen 2019.

IMPRESSUM

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –
Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien

Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9

E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckergesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien

Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73

BIC: OPSKATWW
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

bst-Ausschluss“

Bewegung ohne jeglichen Personenkult



esenaffäre“: Bundesparteiobmann Norbert Hofer und Wiens designierter den Ausschluss Straches und die Zukunftspläne der Freiheitlichen.

FPÖ als Sicherheits-Garant

Denn dass es die Freiheitlichen brauche, machte Kickl auch an dem jüngsten Entscheid des Verfassungsgerichts aus, mit dem dieser das türkis-blaue Sicherheitspaket gekippt habe, mit dem den Behörden endlich Instrumente in die Hand gegeben werden sollten, wie sie im übrigen Europa bereits längst zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Terrorismus umgesetzt worden seien.

„Ich ärgere mich, weil es um die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung geht. Ich kann den Ent-

scheid – auch anhand der eben aufgedeckten Terroranschlagspläne – nicht nachvollziehen“, wunderte sich der Ex-Innenminister über diese vom VfGH angeordnete Benachteiligung der Behörden.

Vor allem die Begründung des Datenschutzes könne er nicht nachvollziehen. Denn es ist seit Jahren die Justiz, die den Datenschutz missachte: Während einerseits selbst Verschlussakten in Fällen mit freiheitlichen Beschuldigten bei den Medien landen, stelle sich der Verfassungsgerichtshof hier schützend vor Kriminelle und Terroristen.

KURZ UND BÜNDIG



Asyl für „Klima-Flüchtlinge“?

Als „völlig realitätsblind und grotesk“ bezeichnete FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl (Bild) die Forderung der deutschen Grünen, angeblichen „Klima-Flüchtlingen“ sofort die Staatsbürgerschaft zu verleihen. „Abgesehen davon, dass die Definition ‚Klima-Flüchtling‘ nur völlig willkürlich sein kann, zeigt es, dass die Staatsbürgerschaft für die Grünen nichts weiter ist als ein Fetzen Papier“, kritisierte Kickl. Er forderte Grünen-Chef Werner Kogler auf, sich von den Plänen seiner deutschen Gesinnungsgenossen zu distanzieren.

Roter Marketing-Schmäh

Als „reinen Marketing-Schmäh“ bezeichnete am Dienstag die freiheitliche Sozialsprecherin Dagmar Belakowitsch (Bild) die von der SPÖ lancierten Erfolgsmeldungen über die „Aktion 20.000“: „Einerseits wurde das Angebot nicht einmal ansatzweise ausgeschöpft und andererseits waren 50 Prozent der Geförderten nach Auslaufen der Förderung wieder arbeitslos. Das bedeutet, dass die Dienstnehmer immer um ihren zeitlich befristeten Arbeitsplatz zittern mussten – sozial ist das sicher nicht.“



Eine gewählte Regierung

Die FPÖ hat in der letztwöchigen Nationalratssitzung den Antrag gestellt, dass der Bundeskanzler sowie die übrigen Mitglieder der Bundesregierung vom Parlament über einen Vorschlags des Hauptausschusses des Nationalrats gewählt werden sollen – und nicht mehr von der Gnade des Bundespräsidenten abhängig sind. „Dieser Antrag soll das Parlament als gewählte Volksvertretung stärken und Willkürakte eines Bundespräsidenten ausschließen“, erläuterte FPÖ-Verfassungssprecherin Susanne Fürst (Bild) unter Verweis auf Äußerungen des Staatsoberhauptes, Freiheitliche von Ministerämtern ausschließen zu wollen.



SPRUCH DER WOCHE



„Ich möchte, dass wir uns auf die Verpflichtung einigen, dass die EU bis 2050 klimaneutral wird.“

Ursula von der Leyen
11. Dezember 2019

Der EU-Kommissionschefin will über die „Klimaretung“ die Brüsseler Bevormundungspolitik ausweiten.



BILD DER WOCHE Ein goldenes Händchen bewiesen die Ex-Casinos-Vorstände Alexander Labak (links – 2,4 Millionen Euro) und SPÖ-Kandidat Dietmar Hoscher (rechts – 4 Millionen Euro) bei ihren Abfertigungsverhandlungen.

„Wir ziehen gemeinsam an einem Strang“

Bundesparteiobmann Norbert Hofer über Koalition, Ibiza, Wahlen und die Neuausrichtung der FPÖ

Geschätzte Leser der NFZ, liebe Freunde!

Zum ersten Mal wende ich mich in meiner neuen Funktion als FPÖ-Bundesparteiobmann mit diesem Jahres-Rück- und -Ausblick an Euch.

In diesen letzten Tagen des Jahres 2019 bleibt ein wenig Zeit, um ein Jahr zu betrachten, das in der Geschichte der FPÖ und auch der Republik Österreich einzigartig war.

Mit Elan für Österreich

Zu Beginn des Jahres deutete nichts auf die Entwicklungen hin, die am 17. Mai 2019 eingeleitet wurden. Die ÖVP-FPÖ-Regierung arbeitete für die Menschen in Österreich und konnte viele Verbesserungen und Erleichterungen durchsetzen. Die Regierung war beliebt – rund 60 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher stellten der Arbeit der Bundesregierung ein gutes Zeugnis aus. Mit dem „Ibiza-Video“ sollte sich aber alles ändern.

Die Veröffentlichung dieser Sequenzen aus einem im Jahr 2017 aufgenommenen und bereits lange davor vorbereiteten Gespräch im Beisein von Heinz-Christian Strache und Johann Gudenus stürzte die Regierung in eine Krise.

Beide Politiker traten zurück, um die Fortsetzung der erfolgreichen und beliebten Bundesregierung zu ermöglichen. Die ÖVP entschied sich anders – weil sie im Wind-

schatten des „Ibiza-Videos“ auch das Innenministerium zurückhaben wollte, wurde die Koalition aufgekündigt.

Wir leben Solidarität!

Alle freiheitlichen Regierungsmitglieder stellten sich an die Seite von Herbert Kickl. Als dieser vom Bundespräsidenten entlassen wurde, legten auch Mario Kunasek, Beate Hartinger-Klein, Hubert Fuchs und ich die Ämter nieder.

Nach der Angelobung von Übergangs-Ministern auf den frei gewordenen Ministerposten der FPÖ wurde die Öffentlichkeit Zeuge einer Abstimmung, die als historisch bezeichnet werden darf. Im Rahmen der Sitzung des Nationalrats vom 27. Mai 2019 brachte die SPÖ einen Misstrauensantrag gegen die gesamte Bundesregierung ein, den auch der Freiheitliche Parlamentsklub unterstützt hat. So kam es, dass der von Bundeskanzler Sebastian Kurz geführten Bundesregierung um 16.14 Uhr das Misstrauen ausgesprochen wurde.

„Freies Spiel der Kräfte“

Die folgenden Tage und Wochen standen ganz im Zeichen der Bildung einer Beamten-Regierung, die bis zur Neuwahl im Herbst und der darauffolgenden Regierungsbildung die Geschäfte des Landes

leiten sollte.

Die Zeit von der Angelobung der Beamten-Regierung bis zum Wahltag war im Österreichischen Parlament vom „freien Spiel der Kräfte“ geprägt.

Da es kein aufrechtes Koalitionsabkommen mehr gab, wurden im Parlament zu unterschiedlichen Themen unterschiedliche Mehrheiten gesucht und gefunden. In einem offenen Dialog wurden viele Gesetzesinitiativen und Gesetze-

„Wir ziehen an einem Strang und werden die FPÖ in eine gute Zukunft führen. Davon bin ich überzeugt.“

sänderungen auf den Weg gebracht – das gab es in dieser Form schon lange nicht mehr im Hohen Haus.

Auf und Ab im Wahlkampf

Für uns Freiheitliche war im Nationalratswahlkampf klar: Für das Wohl Österreichs wäre es das Beste, wenn der eingeschlagene Mitte-Rechts-Kurs fortgesetzt wird. Auch unsere internen Fokus-Gruppen haben ergeben, dass die Menschen in erster Linie interessiert, wie es in Österreich weitergeht. Bleibt es bei einer Mitte-Rechts-Regierung, oder driftet das Land nach links?

Mit unserem Angebot, die Koalition mit der ÖVP nach der Wahl fortzuführen, lagen wir in den Um-

fragen zwei Wochen vor der Wahl bei 21 Prozent – Tendenz steigend.

Es bestand die realistische Chance, die SPÖ von Platz zwei zu verdrängen. Doch dann kam die sogenannte „Spesen-Affäre“.

Der Verdacht lautete, der ehemalige Obmann Heinz-Christian Strache habe die FPÖ durch falsche Spesenbelege geschädigt. So sollen private Ausgaben der Partei verrechnet worden sein.

Die gesamte Gemengelage führte dazu, dass die FPÖ am Tag der Nationalratswahl mit 16,2 Prozent am dritten Platz landete. Für uns war dieses Ergebnis kein unmittelbarer Auftrag, um sofort in Koalitionsverhandlungen einzutreten.

Die Sondierungsgespräche mit der ÖVP wurden begonnen, Sebastian Kurz entschied sich aber für Regierungsverhandlungen mit den Grünen. Sollten diese scheitern, werden wir in den Gremien erneut beraten, ob wir mit der ÖVP verhandeln, oder nicht.

Lange Nachwirkung

Auch bei den folgenden Landtagswahlen in Vorarlberg und der Steiermark haben die Nachwehen der Spesen-Affäre voll durchgeschlagen. Weder Christof Bitschi in Vorarlberg, noch Mario Kunasek in der Steiermark haben sich dieses Abschneiden verdient.

Unsere beiden Landesparteiobmänner haben einen fehlerfreien Wahlkampf gemacht – sie waren Opfer der Stimmung im Bund gegen die FPÖ.



Letzter Höhepunkt der Koalitionsarbeit: die Steuerentlastungsreform – und dann kam Ibiza und die Aufkündigung der Koalition durch die ÖVP.

„Rang für die neue FPÖ!“



Das Jahr 2019 war auch geprägt von einem Wechsel an der Parteispitze.

Nach dem Rücktritt von Heinz-Christian Strache aus allen Ämtern wurde ich mit der Parteiführung interimistisch betraut – und beim Bundesparteitag am 14. September 2019 schließlich mit mehr als 98 Prozent zum Bundesobmann gewählt. Gestärkt durch dieses Votum, für das ich mich sehr herzlich bedanke, habe ich das Projekt der Neuaufstellung der Partei begonnen.

Neuaufstellung der Partei

Im Bundesparteivorstand, unmittelbar nach der Nationalratswahl, wurden die Weichen dafür gestellt. Es wurden zwei Reformgruppen eingesetzt: Unser oberösterreichischer Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Manfred Haimbuchner wird der Partei die strengsten Compliance-Richtlinien aller Parteien verpassen.

Der Welser Bürgermeister Dr. Andreas Rabl kümmert sich gemeinsam mit den Landesobleuten Christof Bitschi und Marlene

Svazek sowie unserem Bundesgeschäftsführer Joachim Stampfer um den künftigen Auftritt der FPÖ.

Die Partei muss moderner und jünger werden – ohne dabei aber die „DNA“ unserer Bewegung zu verändern. Die Themen Sicherheit, Heimat, Soziales werden auch weiterhin im Zentrum unserer Bemühungen stehen.

Wir müssen uns aber auch Themen widmen, die bisher vielleicht nicht so wichtig waren. Ich erwähne hier nur eine Umweltpolitik mit Hausverstand – als Gegengewicht

zur allgemeinen Klima-Hysterie.

Die Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen werden Anfang Jänner 2020 bei einer Vorstandsklausur präsentiert und beraten.

Ich bedanke mich an dieser Stelle schon jetzt bei allen, die hier Arbeit und Einsatz investiert haben, um mitzuhelfen, die FPÖ in eine gute Zukunft zu führen.

Wir werden mit diesen Maßnahmen die FPÖ wieder zu einer 25-Prozent-Partei machen.

Erfolgreich ins neue Jahr

Abschließend bleibt mir noch, mich bei allen Funktionärinnen und Funktionären zu bedanken, die auch in diesem schwierigen Jahr treu zur FPÖ gestanden sind.

Wir ziehen gemeinsam an einem Strang und werden die FPÖ in eine gute Zukunft führen. Davon bin ich überzeugt.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie frohe Weihnachten, ein paar ruhige, erholsame Tage im Kreise Ihrer Lieben und ein erfolgreiches neues Jahr 2020 in bester Gesundheit.

Euer



Neustart am Parteitag in Graz mit einem fulminanten Vertrauensbeweis für den Kurs des neuen Obmanns.



Norbert Nemeth
Klubdirektor der FPÖ

Kaum einer hat es zu Jahresbeginn für möglich gehalten, dass die FPÖ an dessen Ende nicht mehr in der Regierung, sondern mit 30 Abgeordneten in der Opposition sein wird. Zu gut war die Regierungsarbeit gelaufen.

Unsichere Zeiten

Nun ist alles anders, Österreich blickt in eine ungewisse Zukunft. Nicht nur, weil es zu einer Regierung aus ÖVP und Grünen kommen könnte, sondern auch wegen möglicher negativer Überraschungen.

Auch wenn die ÖVP beteuert, am restriktiven Migrationskurs festhalten zu wollen, so ist jedem klar, dass dies nicht möglich sein wird, Stichwort UN-Flüchtlingspakt. Es ist zu befürchten, dass dieser Pakt durch eine schwarz-grüne Hintertüre Österreich betritt.

Damit werden jene Pfade errichtet, die die FPÖ im Herbst 2018 blockierte: Erleichterte Familien-Zusammenführung, Statuswechsel vom illegalen zum legalen Migranten, bessere (teurere) Grundversorgung, voller Zugang zu Gesundheitssystem und Bildung – also all das, was der Migrationspakt vorsieht. Es darf auch die Ansiedlung von „Klima-Flüchtlingsen“ nicht fehlen. Sollten nicht alle kommen wollen, wird die Geldüberweisung in die Herkunftsländer von Gebühren befreit.

Und um Artikel wie diesen in Zukunft zu unterbinden, soll die Verfolgung von „Hassverbrechen“ verstärkt, die Verfolgung von echten Verbrechen hingegen durch ein Verbot des „Racial-Profilings“ erschwert werden.

Österreich geht unsicheren Zeiten entgegen. Nicht aber die FPÖ, die von all dem politisch profitieren wird können.

VERKEHRSPOLITIK

Keine Lust auf Elektroautos

Beim Autokauf legen die Österreicher weiterhin Realitätssinn an den Tag und verfallen nicht der Hysterie der „Klima-Alarmisten“. Zwischen Jänner und November wurden 306.681 Autos neu zugelassen, um 4,7 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Der Anteil alternativ betriebener Pkw (Hybrid/Elektro) betrug nur 7,8 Prozent oder 23.766 Autos, gerade 2,9 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Reine Elektroautos waren davon nur 8.556 Stück.



ARBEITSMARKTPOLITIK

Weiter benachteiligt

In einem Sonderbericht beurteilt die Volksanwaltschaft die Situation von Menschen mit Behinderung am österreichischen Arbeitsmarkt als „unbefriedigend und unzulässig“. Sie fordert einen besseren Arbeitsmarktzugang für diese Menschen samt gerechter Entlohnung und Versicherung.

AK und ÖGB: Schlechte Verlierer zu Kassenreform

„Posten-Phantomschmerz“ nach Verfassungsgerichts-Urteil

Als „wehleidige und schlechte Verlierer“ bezeichnete Sozialsprecherin Dagmar Belakowitsch die Reaktionen von Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund zum Urteil des Verfassungsgerichtshofes zur Krankenkassenreform.

Das Urteil des Verfassungsgerichtshofes ist eine gute Entscheidung für unser Gesundheitssystem, da jetzt die geplante Zusammenlegung der 21 Sozialversicherungsträger auf fünf endlich umgesetzt werden kann, betonte Belakowitsch.

Bestätigung für FPÖ-Reform

Sie wertete dieses Urteil als einen Beleg dafür, dass das links-rote Oppositionsgepöbel während



„Posten-Phantomschmerz“ bei AK und ÖGB nach der Kassenreform.

der türkis-blauen Regierungsverantwortung nur ein theatralisch-inszeniertes Schauspiel gewesen sei: „Und wenn ÖGB und AK jetzt auf eine ‚Rückgabe an die Versicherten‘

hoffen, dann ist eigentlich gemeint, dass ihnen Einflussnahme, Postenschacher und Macht über die Versicherungen fehlen – wohl so eine Art Phantomschmerz.“

Seenotrettung hilft – nur den Schleppern

Eine weitere Studie zur „Seenotrettung im Mittelmeer“ bestätigte erneut die freiheitliche Asyl- und Einwanderungspolitik, bemerkte



FPÖ-Bundesparteiohmann Norbert Hofer zu der am Wochenende veröffentlichten Studie der Ökonomen Claudio Deiana, Vikram Maheshri und Giovanni Mastrobuoni.

„Der Einsatz von NGOs im Mittelmeer ist ein richtiger Magnet für kriminelle Schlepper. Sie bringen Migranten mit ungeeigneten Schrott-Booten auf hohe See, weil sie wissen, dass sofort NGO-Schiffe die Menschen übernehmen. Das Tragische dabei: Laut Studienautoren bleibt die Zahl der bei der Überfahrt getöteten Migranten gleich hoch“, erläuterte Hofer das Ergebnis der Untersuchung.

Für die FPÖ sei daher klar: Die EU muss klare Zeichen setzen, dass eine Überfahrt von Afrika nach Europa kein Freifahrtschein für Asyl in Europa bedeuten könne. Daher sei auch den jüngst gewählten Plänen nach einer Aufteilung der Flüchtlinge auf alle EU-Staaten eine klare Absage zu erteilen, betonte der FPÖ-Obmann.

Das tragische Sterben bei der Überfahrt müsse aufhören, forderte Hofer. Das werde aber erst dann möglich sein, wenn die EU die Außengrenzen endlich ordentlich sichert und Menschen gar nicht mehr versuchen, illegal einzuwandern.

Manager-Gehälter in Staatsbetrieben senken

Nach Rechnungshofbericht fordert FPÖ eine Reform der Gehaltsstruktur in staatsnahen Betrieben

Nach dem Jahresbericht des Rechnungshofes, der die Gehälter des Managements in jenen 423 Unternehmen auflistet, die ganz oder teilweise im Eigentum des Bundes stehen, fordert FPÖ-Bundesparteibeamann Norbert Hofer eine Reform der Gehaltsstruktur.

„Wie aus dem Jahresbericht des Rechnungshofes für das Jahr 2018 hervorgeht, hat jeder der vier Vorstände der Österreichischen Post AG ein Jahres-Bruttogehalt von 1,85 Millionen Euro bezogen. Das sind rund 5.070 Euro – pro Tag! In einer Woche verdient ein Post-Vorstand damit mehr als ein Briefträger im ganzen Jahr. Hier muss es dringend zu einer Reform kommen“, forderte Hofer.

Staatliche Millionäre

Zur Erinnerung: In Österreich verdient der Bundeskanzler ein Jahresbruttogehalt von rund 312.000 Euro, der Bundespräsident rund 350.000 Euro. Jeder der vier Post-Manager hat 2018 damit mehr als das Fünffache des Staats-

oberhaupt kassiert, rechnete der FPÖ-Parteichef vor.

„Diese Gagen sind nicht vertretbar. Kein arbeitender Mensch kann durch seine Arbeit ein derart hohes Einkommen rechtfertigen“, kritisierte Hofer.

Die Anteile des Bundes an den Unternehmen werden von der Österreichischen Beteiligungs AG – kurz ÖBAG – verwaltet. Die ÖBAG ihrerseits ist beim Finanzministerium angesiedelt. Hofer sieht hier klaren Handlungsbedarf: „Für jene Firmen, die im Einflussbereich des Bundes stehen und die auch vom Rechnungshof geprüft werden, sollte ein neues Regelwerk für Management-Bezüge ausgearbeitet werden.“

Die Gehälter sollten sich an der



Foto: WZ

Für ein Manager-Wochengehalt darf ein Postler ein Jahr lang laufen.

Mitarbeiterzahl sowie am Umsatz des Unternehmens orientieren und natürlich auch vom Erfolg des Unternehmens abhängig sein.

Die Bundesbahnen erwirtschafteten 2018 mit 41.541 Mitarbeitern einen Umsatz von 5,64 Milliarden

Euro, bei der Post schafften 20.545 Mitarbeiter einen Umsatz von knapp zwei Milliarden Euro. „Und trotzdem verdiente ein Vorstand der Post im Jahr 2018 fast dreimal so viel wie ein Vorstand der Bundesbahn“, wunderte sich Hofer.

Grüne zerstören unabhängigen Konsumentenschutz

In der letztwöchigen Plenarsitzung des Nationalrates haben die Grünen dem österreichischen Konsumentenschutz ein echtes Kuckucksei gelegt, empörte sich FPÖ-Konsumentenschutzsprecher Peter Wurm: „Mit der Unterstützung eines von ÖVP-Wirtschaftslobbyisten formulierten Notfallparagrafen für den Verein für Konsumenteninformation (VKI) hat sich die grüne Konsumentenschutzsprecherin Ulrike Fischer zur Liquidatorin des VKI gemacht.“

Sobald sich der parlamentarische Konsumentenschutz-Ausschuss konstituiert hat, werde die FPÖ Fischer und ihre grünen Genossen zur Rechenschaft ziehen, kündigte Wurm an. Dabei werde man neuerlich versuchen, das von FPÖ und SPÖ eingebrachte – von Schwarz-Grün-Rosarot jedoch abgelehnte – nachhaltige und langfristige Finanzierungsgesetz für den tadellos arbeitenden Verein für Konsumenteninformation zu beschließen, erklärte Wurm.

Was den Grünen bei ihrem Knie-



Foto: Parlamentärsredaktion/Simons

Wurm: Grüne erledigen den VKI.

fall vor der Volkspartei anscheinend völlig entgangen ist, sei die Tatsache ist, dass der VKI und seine Geschäftsführung auf Grundlage des jetzt von den drei Parteien beschlossenen Notfallparagrafen de facto in eine halbjährige Abwicklungsphase eintreten wird.

„Bereits das von den beiden Koalitionsverhandlern vorbereitete Budgetprovisorium und das darauf folgende Doppelbudget 2020/2021 werden dann der gesamten Öffentlichkeit zeigen, dass die beiden potentiellen Koalitionäre den unabhängigen Konsumentenschutz endgültig abgeschrieben haben“, warnte der FPÖ-Abgeordnete.



Mittwoch, 26. Februar 2020

Ried im Innkreis, Jahnturnhalle

Einlass: 17.30 Uhr, Beginn: 19.00 Uhr

Begrenzte Besucherzahl. Platzkarten besorgen!

Kartenbestellung:

FPÖ-Büro Ried i.L.
Mo bis Do von 8 - 12 Uhr
07752 / 82817
bezirk-ried@fpoe.at

fpoe.at

**PLATZKARTEN
AB 7. JÄNNER**



FÜR ÖSTERREICH IM EU-PARLAMENT



Harald Vilimsky

Klimawandel: Recht auf Einwanderung?

Wenn die Nerven in der allgemeinen Klima-Hysterie durchgehen und der „Notstand“ sowieso alle Mittel rechtfertigt, sind die Grünen in ihrem Element. Besonders dann, wenn man in einem Aufwaschen auch die offensichtlich ersehnte Massennmigration nach Europa fördern kann. Claudia Roth, grüne Vizepräsidentin des deutschen Bundestags, hat sich jetzt dafür ausgesprochen, sogenannte „Klima-Flüchtlinge“ aufzunehmen. Sie fordert eine „selbstbestimmte Umsiedlung in sichere Länder“, wofür die

Betroffenen einen sogenannten „Klima-Pass“ erhalten, der „ihnen dort staatsbürgerähnliche Rechte gewähren“ soll.

Die Genfer Flüchtlingskonvention kennt keine „Klima-Flüchtlinge“, sondern nur Menschen, die wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung verfolgt werden.

Roth tritt mit ihrer abstrusen Idee in die Fußstapfen jener Grünen, die schon im Sommer ähnliches von sich gaben, etwa die Vorsitzende der Grünen Jugend, Ricarda Lang, die „Klima-Flüchtlingen“ eine EU-Staatsbürgerschaft anbieten wollte. Ihre Kollegin Karin Göring-Eckhardt wollte, jeder Mensch solle in Deutschland Asyl beantragen dürfen – auch mit dem Klimawandel als Begründung.

Man darf gespannt sein, wann solche obskuren Ideen auch aus den österreichischen Grünen hervorzusprudeln beginnen.

Brüssels Schreckgespenst gewinnt die Briten-Wahl

Der Schock saß tief in der Brüsseler Chefetage und bei den medialen Lautsprechern des „größten Friedensprojektes aller Zeiten“: Boris Johnson hat mit seiner Konservativen Partei einen fulminanten Sieg bei den britischen Parlamentswahlen errungen. Seine Tories werden im neuen Parlament mit 365 Sitzen (plus 47) den Austritt des Landes aus der Europäischen Union zum 31. Jänner 2020 beschließen.

Das Wahlergebnis war eine bittere Niederlage für die zwischen „Brexit“ und Verbleib in der EU schwankenden Sozialdemokraten. Sie verloren 59 Abgeordnete, davon etliche, die seit Jahrzehnten als Labour-Hochburgen galten. Die EU-Befürworter stagnierten, die Liberalen legten nur um ein Mandat auf elf zu, die Grünen konnten ihr einziges verteidigen.

Eine „ambitionierte, breite, vertiefte und flexible Partnerschaft“ mit der EU zu verhandeln, das ist das Ziel des bestätigten Premierministers Johnson. In Berlin

und Brüssel läuten deswegen die Alarmglocken. Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel warnte vor „einem Wettbewerber vor der eigenen Haustür“, „Brexit“-Chefunterhändler Michel Barnier vor einem Angriff auf „Europas Modell der sozialen Marktwirtschaft“.

Diesen Angriff hat aber Brüssel mit seiner Entindustrialisierungspolitik zur „Klima-Rettung“ zu verantworten. Johnson braucht also nur auf die „Klima-Flüchtlinge“ aus der EU zu warten.



Die Briten und ihr Premier.

Brüssel will mit se 100 Milliarden für's

Der Alleingang der EU in Sachen „Klima-Rettung“



Der „Green Deal“ der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen be-
schon jenseits der technischen, wirtschaftlichen und sozialen Machbarkeit.

Am Klimagipfel in Madrid sind bis auf die EU alle westlichen Wirtschaftsgrößmächte aus dem Wahnwitz „Klima-Rettung“ ausgestiegen, die asiatischen Länder haben diese bisher sowieso links liegen lassen. Mit ihrem „Green Deal“ drängt Brüssel die EU zum folgen-schweren Alleingang, zur Entindustrialisierung des Kontinents.

„Die Menschheit steht vor einer existenziellen Bedrohung – und fängt an, das zu verstehen.“ – Mit dieser dramaturgischen Farce versucht die neue EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen, das Verbrennen von 100 Milliarden Euro für den „Klima-Rettungs-Plan“ der EU, den sogenannten „Green Deal“, zu rechtfertigen.

Mit diesem will Brüssel ein umfassendes Gesetzgebungsprogramm auf den Weg bringen, um Energieversorgung, Industrieproduktion, Verkehr und Landwirtschaft binnen 30 Jahren klimafreundlich umzubauen – sprich hunderttausende Arbeitsplätze in Europa vernichten und die Lebensmittel-Selbstversorgung der Union in Frage stellen.

Europäischer Alleingang

Und das alles in einem wahnwitzigen Alleingang. Denn bei der „Klima-Komödie“ in Madrid sind neben den USA auch Australien und Brasilien aus dem Projekt des „Weltklimarats“ – zuletzt im „Pariser Abkommen“ festgehalten – ausgeschert.

Und die größten Umweltverschmutzer und CO₂-Emittenten, China und Indien, sind bisher noch keine einzige „Klima-Rettungs“-Verpflichtung eingegangen, denen sich die EU freiwillig unterworfen hat.

Um die Vorgaben des „Green Deal“ zu erreichen, die Klimagase um 50 bis 55 Prozent unter den



Europas „Klima-Dreigestirn“: EZB-Präsidentin Christine Lagarde, Bundeskanzlerin Angela Merkel und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Europa zum Alleingang in Sachen „W

in dem „Green Deal“ s Klima verbrennen

droht Europas Industrie endgültig zu ruinieren



bewegt sich laut der ansonsten so klima-gefügigen deutschen Industrie – ganz abgesehen von der Aufbringung der 100 Milliarden Euro dafür.

Wert von 1990 bringen, setzt die Union auf die Kernkraft, sprich den Ausbau der Produktion von Atomstrom, weil mit den alternativen Energiequellen, also Solar-, Biogas- und Windenergie, der Stromverbrauch in Europa niemals gedeckt werden kann.

Ausbau der Kernkraft

„Atomstrom ist keine nachhaltige Energiegewinnung und brandgefährlich. Der Weg aus der Atomenergie ist der einzige nachhaltige Weg. Das Euratom-Programm muss eingestellt werden“, forderte des-



äsidentin Christine Lagarde, Kanzlerin Ursula von der Leyen wollen Klimaretter verpflichtet.

halb FPÖ-Bundesparteiobmann Norbert Hofer eine Ablehnung des „Green Deal“ durch Österreich.

Denn der Klimaschutz-Index der Union stelle laut Hofer eine „einzige Mogelpackung“ dar. Diesen Index führt Schweden an, das 40 Prozent seines Stroms mit AKW erzeugt. Frankreich, das im Klimaschutz-Index auf Platz 18 und damit 20 Plätze vor Österreich liegt, erzeugt sogar 72 Prozent des Energiebedarfs in Kernkraftwerken.

Während die Grünen europaweit noch strengere Zielvorgaben einfordern, warnte der Bundesverband der deutschen Industrie eindringlich vor der Umsetzung des Plans der EU-Kommission: „Die ständige Verschärfung der Klimaziele führt nicht nur zu einer Verunsicherung der Konsumenten und Unternehmen, sondern ist Gift für langlebige Investitionen.“ Zudem bewege sich die Politik in Sachen Klimaschutz schon jenseits der „Grenzbereiche der technischen, wirtschaftlichen und sozialen Machbarkeit“.

Aber was technisch möglich ist, hat die EU-Kommission noch nie interessiert, wie sie bei der Abgasvorschrift für Benzin- und Dieselfahrzeuge bewiesen hat. Die „Zwangs-Elektrifizierung“ kostet an die 200.000 Arbeitsplätze allein in Deutschland.

KURZ UND BÜNDIG



Brüssel bestätigt Zustrom

Die Zahl der illegalen Einreisen aus der Türkei in die Europäische Union ist laut einem Bericht der deutschen Tageszeitung „Die Welt“ in diesem Jahr um 46 Prozent gestiegen. Die Zeitung beruft sich dabei auf einen Bericht der EU-Kommission zur Entwicklung der Migration in Europa, der ihr vorliegt. Der Großteil der illegalen Einwanderer sei aus der Türkei in Griechenland angekommen – 67.741 von 70.002 Personen. Die griechische Küstenwache wirft laut dem Bericht der Türkei vor, seit mehreren Wochen auslaufende Flüchtlingsboote nicht mehr zu stoppen und damit das „Flüchtlingsabkommen“ mit der EU de facto aufgekündigt zu haben.

Grüner Klima-Wahn

Der Klima-Wahnsinn der deutschen Grünen sprengt jetzt alle Grenzen der Vernunft. Die Bundestagsvizepräsidentin und Grünen-Politikerin Claudia Roth hat einen Antrag im Parlament eingebracht, über den das Land einen „Klima-Pass“ für Menschen ausstellen soll, die aufgrund der Klima-Veränderungen – bedrohen die nicht die ganze Welt? – nach Deutschland wollen. Diesen „Klima-Flüchtlings“ wollen die Grünen sofort alle staatsbürgerlichen Rechte und sozialstaatlichen Ansprüche zuerkennen, und das sogar schon vorbeugend, also nicht erst nach Vorliegen des realen „Fluchtgrundes“ in ihrem Heimatland.



Die Tücken der E-Mobilität holen Deutschland ein

Nach der Energiewende zeigt jetzt auch das Projekt der Elektromobilität in Deutschland die Grenzen des Machbaren auf, was die Politik aber nach wie vor nicht interessiert.

Mit Parolen wie „nachhaltiges Reisen“ und „Mobilität der Zukunft ist grün“ warb das Fernbusunternehmen „FlixBus“ gemeinsam mit Greenpeace für die klimafreundliche Art des Reisens mit dem Elektrobus. Die rund 100 Kilometer lange Strecke zwischen Mannheim und Frankfurt sollte das Vorzeigeprojekt des Unternehmens werden, das schon seine herkömmlichen Dieselfahrzeuge mit der Ökofarbe Grün bemalt.

Dem großartigen Eröffnungs-Tamtam folgte jetzt eine dünne Pressemitteilung, die von den deutschsprachigen Klimapropaganda-Medien weitestgehend ignoriert wurde: „Bei dem Pilotprojekt zwischen Mannheim und Frankfurt mit dem Fahrzeug eines chinesischen Herstellers habe es wieder-

holt technische Probleme gegeben.“ Diese Probleme haben dazu geführt, dass das Projekt jetzt eingestampft wurde. Eine PR-Katastrophe für FlixBus und seine Partner Greenpeace sowie den Klima-Ablasshändler „atmosfair“.

Im baden-württembergischen Nürtingen hat man diese Erfahrung schon früher gemacht. Nachdem die Batterie an einem Bus schon nach zweieinhalb Jahren den Geist aufgab – eine neue kostet 80.000 Euro – wurde der Betrieb eingestellt.



Grüne Klima-Pleite mit E-Bus.

TERMINE

21. Dezember
**Weihnachtskonzert
„Musik der Meister“**

Der Volksbildungskreis Wien lädt am Samstag, dem 21. Dezember 2019, zum Weihnachtskonzert aus der Reihe „Musik der Meister“ in den Wiener Musikverein. Markus Landerer dirigiert das Austria Sound Philharmonic, am Klavier: Jiang Yang. Beginn: 20.00 Uhr.

7. Jänner
Bezirksteilstammtisch Brigittenau

Die FPÖ Donaustadt lädt am Dienstag, dem 7. Jänner 2020, zum Bezirksteilstammtisch Stadlau ins Gasthaus Seltsch (Konstanziagasse 17, 1220 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

8. Jänner
Stammtisch der FPÖ Simmering

Die FPÖ Simmering lädt am Mittwoch, dem 8. Jänner 2019, zum Stammtisch mit dem freizeithilichen Klubobmann im Gemeinderat, Toni Mahdalik, ins Gasthaus „Auszeitstüberl“ (Grillgasse 20, 1110 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

10. Jänner
Jahreshauptversammlung

Der Seniorenring Schardenberg lädt am Freitag, dem 10. Jänner 2020, zur Jahreshauptversammlung ins Gasthaus „Wirt z' Kubing“, (Gasthaus Maier, Kubing 7, 4784 Schardenberg). Beginn: 15.00 Uhr.

11. Jänner
Neujahrstreffen in Oberwart


Einladung zum traditionellen
NEUJAHRSTREFFEN
Samstag, 11. Jänner 2020
Messe Oberwart · Halle 1
Zugang über Zentralfoyer · Garderobenbereich und Empfang Halle 1A
Ab 10.00 Uhr: Musik mit der „John Otti Band“
Ab 11.00 Uhr: LH-Stv. **Johann Tschürtz**
Klubobmann **Norbert Kildl**
Bundesparteiobmann und Dritter Nationalratspräsident **Norbert Hofer**
Wir freuen uns auf euer Kommen!
FPÖ DIE SOZIALE FREIHEITSPARTEI fpoe.at

LESER AM WORT

**Klima-Diktatur**

Die neue Klima-Diktatur erfindet neue Regeln für die Menschheit. Die Älteren sind an allem schuld, Pendlern will man das Auto wegnehmen. Dafür sollen alle E-Autos kaufen, die eine wesentlich schlechtere Umweltbilanz aufweisen wie Autos mit Verbrennungsmotoren. Sie sind nur teuer und begründen die Notwendigkeit von Atomkraftwerken. Mittlerweile muss schon der Dämmste kapiert haben, dass es bei dem Klimawandel nur ums Abkassieren der Bürger geht. Umweltzertifikate können keinen vernünftigen Umweltschutz ersetzen.

Stephan Pestitschek, Strasshof



Foto: gbbbz/2000

Klima-Retter Atomstrom?

Die CO₂-arme Atomenergie wird zum Rettungsanker gegen den Klimawandel erkoren. Zuerst verdammt, ist sie jetzt wieder für die „Klima-Rettung“ im Gespräch. Ja, Wind- und Solarenergie wird nicht ausreichen für künftige Elektro-Weltrettung, um die Grundlast

durch den steigenden Stromverbrauch stabil halten zu können. Auch von den Aktivisten und fortschrittlichen EU-Politikern, die sich immer Sorgen um künftige Generationen machen, ist keine Protestwelle zu erwarten, Wohlstandsverzicht würden sie in ihren vermögend-abgesicherten Oasen genauso wenig akzeptieren wie erstklassige Flugreisen.

Alois Neudorfer, Vöcklabruck

CO₂-Rekord ohne Menschen

Die Klima-Aktivisten werfen den Industrieländern vor, dass die Erfüllung der Zielvorgaben zu weit in der Zukunft lägen. Am 18. Mai las ich in den „Salzburger Nachrichten“, dass der neue Rekordwert von CO₂ bei 0,00415 Prozent liegt. Das Mauna Loa Observatorium in Hawaii stellte das fest und auch, dass der Wert zuletzt vor drei Millionen Jahren so hoch war, als es noch keine Menschen gab.

Jürgen Jauch, Linz

Briten wählen „Brexit“

Die EU hat mit ihrer ganz besonders von Angela Merkel betriebenen windelweichen Politik und den wiederholten Aufschüben des „Brexit“ gründlichst Schiffbruch erlitten. Die Hoffnung, den „Brexit“ doch irgendwie verhindern zu können und dabei auf die Sozialdemokraten zu setzen, hat Boris Johnson

zum Wahlsieg verholfen. Man darf den Briten nur gratulieren. Sie haben es geschafft, endlich aus dieser fürchterlichen EU hinauszukommen. Welches Land wird als nächstes die EU verlassen?

Ernst Pitlik, Wien



Foto: WZ

Rote Selbstdemontage

In Großbritannien lieferte Jeremy Corbyn, wie Pamela Rendi-Wagner in Österreich, das schlechteste Wahl-Ergebnis aller Zeiten ab. Die Lektion, die die SPÖ aus den Wahlen in Großbritannien eigentlich ziehen müsste, ist ein erneuter Sieg einer starken Führungspersönlichkeit wie Boris Johnson. Aber die SPÖ hat derzeit null Format, null Produkt und null Chancen, je wieder auf die Beine zu kommen! Aber da gibt es doch SPÖ-Greise, die Rendi-Wagners Wahl-desaster nicht nur verteidigen, sondern sie dafür auch noch loben. Satire pur!

Armin Schütz, Wien

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue
Freie
Zeitung

BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

- ☐ Halbjahrespreis € 15,- ☐ Jahrespreis € 30,- ☐ Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
☐ Auslandsjahresbezug € 73,- ☐ Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**.

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.

** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



Ein schmerzlicher Verlust, aber keine Parteispaltung

Wiens Freiheitliche reagieren gelassen auf Austritt des „Strache-Fan-Klubs“

Nach dem Abgang dreier ehemaliger FPÖ-Mandatare gibt sich Wiens Landesparteichef Dominik Nepp gelassen: „Das ist unerfreulich, aber es sicher kein Flächenbrand und schon gar keine Spaltung der Wiener Freiheitlichen!“

Die ehemaligen freiheitlichen Gemeinderäte Karl Baron, Klaus Handler und Dietrich Kops haben Donnerstag vergangener Woche ihr Ausscheiden aus der FPÖ und die Gründung einer eigenen Partei verkündet. „Wenn von 34 Abgeordneten drei einen neuen Weg einschlagen, ist das zwar nicht schön, aber unter Spaltung ist etwas anderes zu verstehen“, kommentierte Nepp den Abgang der drei Strache-Fans aus der FPÖ Wien.

Letztes „Ibiza“-Nachbeben

Diese Aktion habe ihn nicht überrascht, denn seit Wochen pfeifen



Dominik Nepp: Es gibt keine Spaltung der Wiener Freiheitlichen.

die Spatzen vom Dach, dass Strache versucht, Financiers zu finden und Mandatare abzuwerben, um bei der Wien-Wahl 2020 mit einer eigenen Partei antreten zu können.

Die Ausgangslage für die Wien-Wahl im kommenden Jahr werde für die Wiener Freiheitlichen dadurch zwar auch nicht einfacher. „Wir sollten jedoch niemals vergessen, dass der Ausgangspunkt der heutigen Probleme nicht im

Wiener Landtagsklub oder bei der Wiener FPÖ liegt, sondern der Grundstein im Sommer 2017 auf Ibiza gelegt wurde“, betonte der designierte Landesparteiobmann.

Dass Strache bei der Wien-Wahl 2020 ein großer Konkurrent für die FPÖ sein könnte, glaubt Nepp jedoch nicht: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass er nach der Speenaffäre für die Wienerinnen und Wiener noch glaubwürdig ist.“

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Das war einmal ein tolles Restaurant. Direkt vom Zentrum her erreichbar, direkt im Grünen des Belvedere-Parks gelegen, war ich hie und da sogar Gast im „Belvedere-Stöckl“. Dann war es plötzlich verwahrlost, ist verkommen und hat auf den Dornröschens-Kuss gewartet.

Grün ante portas

Der ist jetzt gekommen. Aber anders, als man es sich gewünscht hätte. Ein Monster ist entstanden. Frisst sich ins Grün des Gartens. Erzeugt Lärm und Gestank. Die Anrainer haben bei aller Toleranz gar keine Freude damit.

Womit ich beim Begriff „Toleranz“ bin. Wörtlich übersetzt heißt's Duldsamkeit. Da aber steckt das Wort „erdulden“ drin. Was nicht immer Schönes bedeutet.

Wir werden ja täglich zur Toleranz aufgerufen. Vor allem die lieben Migranten sollen Anlass für uns sein, Toleranz zu üben.

Anpöbelungen, Schlägereien, Morde, Vergewaltigungen? Na ja. A bisserl tolerant miass ma scho sei. San jo oame Heimatlose.

Sogar die Willkommen-Rufer und Teddybären-Werfer von 2015 haben langsam genug. Wollen in Ruhe und Frieden leben.

Leut wie der grüne Herr Kogler sehen das anders. Nur weiter herein ins Märchenland Österreich! Ich frag mich oft: Ist der Kerl bl...?

„Blind“ wollt ich schreiben.

Christkindlmarkt als roter Familienbetrieb

„Die rote Freunderlwirtschaft am Christkindlmarkt am Rathausplatz geht ungeniert weiter“, empörte sich der Marktsprecher der Wiener FPÖ, Udo Guggenbichler. Offensichtlich werde von Rot-Grün die vernichtende Kritik des Rechnungshofes weiterhin nicht ernst genommen, und das SPÖ-Umfeld kassiert fröhlich ab, während die Wiener Steuerzahler durch die Finger schauen. Denn das vor einem Jahr eingeführte „Punktesystem“ zur Vergabe der Stände sei jedenfalls eine einzige Farce.

Laut aktuellen Medienberichten mache der Christkindlmarkt einen Umsatz von mindestens 60 Millionen Euro. „Der Verein des ehema-

ligen SPÖ-Bezirksrates Akan Keskin entscheidet nach wie vor über die Vergabe der Stände, hebt die Standgebühren ein, wovon an die Stadt Wien eine lächerliche Gebühr von 5,99 Euro pro Tag abgeliefert wird“, betonte Guggenbichler.

Neben der Familie Keskin werde auch das familiäre Umfeld von SPÖ-Gemeinderat Fritz Strobl großzügig mit Ständen versorgt. „Wie viel der Verein des Herrn Keskin mit der Schacherei verdient und wo das Geld landet, liegt völlig im Dunkeln. Fakt ist, dass die SPÖ und ihre Günstlinge massiv finanziell profitieren, während andere Standl-Bewerber chancenlos sind“, kritisierte Guggenbichler.



Christkindlmarkt am Rathaus: Rote Freunderlwirtschafts-Zone.

BURGENLAND **Förderaktion läuft**

Die Schulpraktikanten-Förderung ermöglichte 230 burgenländischen Praktikanten eine Ausbildungsmöglichkeit. Die Förderaktion unterstützt Unternehmen, die Praktikumsplätze für burgenländische Schüler, die im Rahmen ihrer schulischen Ausbildung ein Pflichtpraktikum absolvieren müssen, zur Verfügung zu stellen. „Die Förderung ist eine echte Win-Win-Situation“, freut sich FPÖ-Landesrat Alexander Petschnig: „Schüler kommen schneller zu ihrem Praktikumsplatz und Unternehmer zu potenziellen neuen Mitarbeitern.“

OBERÖSTERREICH **Rote Quertreiber**

Um dem akuten Personalproblem im Pflegebereich entgegenzuwirken, will die FPÖ den Pflegeassistenten, die derzeit hauptsächlich im Krankenhaus arbeiten, den Weg in Pflegeheime öffnen, erklärte FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr: „Wir wollen den Personalmangel beheben, und wer stellt sich quer: die SPÖ!“



Herwig Mahr

STEIERMARK **Soziale Gerechtigkeit?**

Während zehntausende Menschen an den Grenzen der EU im Balkanraum darauf warten, illegal in einen der europäischen Sozialstaaten zu kommen, hebt der österreichische Verfassungsgerichtshof Kernpunkte der türkisch-blauen Sozialhilfe auf, wunderte sich der steirische FPÖ-Sozialsprecher Marco Triller: „Die Höchststrichtrichter stellen mit dieser Entscheidung den Magnet für unqualifizierte Einwanderung wieder auf Maximalleistung. Die Argumentation, gute Sprachkenntnisse würden die Vermittelbarkeit am Arbeitsmarkt nicht beeinflussen, kann man getrost als skurril bezeichnen.“ Auch die Steiermark wird massive Konsequenzen zu tragen haben, galt hier doch schon bisher die Mindestsicherung als besonders lukrativ für Asylanten, befürchtet Triller: „Ein schwarzer Tag für die soziale Gerechtigkeit.“

Mehr Schutz für Opfer von Asylwerbern und Illegalen

Darmann: „Die FPÖ steht für Opferschutz und nicht für Täterschutz!“

Kärntens FPÖ fordert „Opferschutz vor Täterschutz“ – vor allem in Hinblick auf die gestiegene Kriminalität durch Asylwerber und illegale Einwanderer.

Der Kärntner FPÖ-Landespartei-**chef** Gernot Darmann forderte mehr Schutz für Opfer von Verbrechen, die durch Migranten begangen werden. Denn bereits 40 Prozent aller strafbaren Handlungen in Österreich werden von Fremden verübt. Ein guter Teil davon durch Asylwerber, Asylberechtigte und „subsidiär Schutzberechtigte“, die aufgrund einer falsch verstandenen „Willkommenskultur“ in Österreich geduldet werden.

Fürsorgepflicht für Österreicher

„Der Staat hat eine Fürsorgepflicht gegenüber den eigenen Staatsbürgern. Wenn er ohne rechtliche Grundlagen eine unkontrollierte Massen-Einwanderung in den

KÄRNTEN 

FREIHEITLICHER
LANDTAGSKLUB
ktn-landtag.at



Darmann: „Wir lassen die Verbrechensoffer nicht im Regen stehen.“

Jahren 2015 und 2016 zugelassen hat, hat er österreichischen Staatsbürgern finanziell beizustehen, wenn diese durch von Migranten verübte Straftaten geschädigt werden“, verlangte Darmann. Denn derzeit lasse die Republik diese

Verbrechensoffer im Regen stehen: „Was nützt es den Opfern, wenn das Gericht ihnen einen Schadenersatz durch den Täter zuspricht, aber bei eben diesem Täter nichts zu holen ist?“ – Dieser unhaltbare Zustand müsse korrigiert werden.

VORARLBERG

Protest gegen Mautbefreiung

In Vorarlberg ist seit 15. Dezember der Streckenabschnitt der A14 zwischen der Grenze bei Hörbranz und Hohenems von der Vignettenpflicht ausgenommen. Von Beginn an haben sich die Stadt Hohenems, die Marktgemeinde Lustenau, die Region am Kumm (Altach, Götzis, Mäder, Koblach) sowie

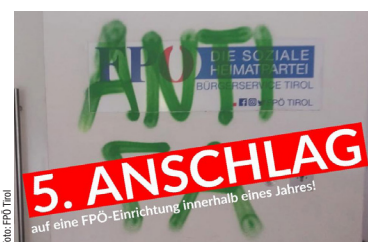
die Schweizer Nachbargemeinde Diepoldsau unmissverständlich gegen diese Mautbefreiung ausgesprochen.

„Mit jedem Tag wächst der Widerstand gegen diese Ausnahme von der Vignettenpflicht“, berichtete FPÖ-Klubchef Christof Bitschi. Zwischenzeitlich haben sich auch die Gemeinden des Montafons, die Alpenregion Bludenz sowie Vertreter der Region Bregenzerwald kritisch gegenüber der Mautbefreiung geäußert. Auch der Gemeindeverbands-Vizepräsident Werner Müller vertrat die Position, dass es keine Ausnahmen geben sollte.

„Die von den Auswirkungen der Mautbefreiung negativ betroffenen Gemeinden und Regionen haben ein Recht darauf, dass sie endlich gehört und ihre Bedenken ernst genommen werden“, forderte Bitschi, denn bisher habe die schwarz-grüne Vorarlberger Landesregierung diese Bedenken ignoriert und sich in Schweigen gehüllt.



Bürgermeister-Protest gegen die erwartete Verkehrsbelastung.

TIROL 

Polizei muss die Täter fassen!

„Linkslinke zeigten abermals ihre antidemokratische Fratze“, kommentiert Tirols FPÖ-Landesparteiobmann Markus Abwerzger den letztwöchigen – und damit bereits fünften – Vandalismus-Akt gegen Einrichtungen der Tiroler Freiheitlichen. Es war der zweite Anschlag auf das im September neu eröffnete Bürgerservice der Freiheitlichen in der Innsbrucker Anichstraße. „Es ist höchste Zeit, dass die Polizei den Ermittlungsaufwand erhöht. Diese antidemokratischen Kräfte müssen in ihre rechtsstaatlichen Schranken verwiesen werden“, fordert Abwerzger.

SALZBURG 

Jahrelang hat die ÖVP Salzburg der Verbauung des Landes für den Tourismus zugesehen und die Wohnpreise explodieren lassen. Jetzt schafft das Land – auf Druck der FPÖ – endlich Abhilfe.

Zweitwohnsitz-Regelung unter Dach und Fach

Günstiger Wohnraum für Einheimische wird gewährleistet

Die Korrektur jahrzehntelanger ÖVP-Wohnpreispolitik war Gebot der Stunde. Ausufernden Chalet-Dörfern und Apartment-Siedlungen wird entgegengewirkt.

Seit Beginn des Massentourismus forcierten gerade die ÖVP-Bürgermeister im Innergebirg den Ausverkauf unserer Heimat an den zahlungskräftigen deutschen oder holländischen Gast. Ausufernde Chalet-Dörfer beziehungsweise den Großteil des Jahres leerstehende Apartment-Siedlungen samt einhergehender Wohnpreis-Explosion waren die Folge. Apartments erset-

zen Hotelbetten und ausländische Investoren die einheimische Bevölkerung, kritisierte die Pinzgauer FPÖ-Bezirksobfrau Karin Berger: „Die absolut herrschenden Ortskaiser haben beinahe im Alleingang beste Grundstücke Projektbetreibern nachgeschmissen und sind hauptverantwortlich für die steigenden Grundstückspreise, die sich der Einheimische heutzutage nicht mehr leisten kann.“

ÖVP feiert FPÖ-Vorschlag

Nach jahrzehntelangem Zaudern und Zögern hat sich die Landesregierung auf Druck der Opposition

dazu entschlossen, den FPÖ-Vorschlag gegen den Ausverkauf der Heimat aufzugreifen und einzuschreiten: Der Salzburger Landtag hat einstimmig beschlossen, dem Leerstand den Kampf anzusagen. „Während die ÖVP jahrelang unsere Lösungsansätze verstauben ließ, versucht Landeshauptmann Haslauer jetzt, die Schadensbegrenzung dieser Wegschau-Politik als großen Wurf zu verkaufen“, wundert sich Berger. Eine sichtbare Reduktion der Wohnpreise werde erst in Jahrzehnten spürbar sein. Der ÖVP riet sei daher, künftig gleich mit der FPÖ an einem Strang zu ziehen.

Entlastung für Gemeinden

Das Doppelbudget des Landes Oberösterreich für 2020 und 2021 beinhaltet ein zweijähriges Entlastungspaket für die Gemeinden. „Die Überschüsse im Ausmaß von 82,5 Millionen Euro, die in den letzten Jahren geschaffen wurden, werden den Gemeinden zugutekommen“, erläuterte FPÖ-Landtagsabgeordneter Peter Bahn dies bei der letztwöchigen Budgetsitzung des Landtages.

Durch ein Sonderfinanzierungspaket in Höhe von 20 Millionen Euro profitiere jede Gemeinde.

Gleichzeitig werde die Obergrenze für die Beitragsleistung der Gemeinden zur Landesumlage nicht ausgeschöpft und die Erhöhung der Sprengelbeiträge für die Krankenanstaltenfinanzierung reduziert.

Der FPÖ-Landtagsabgeordnete sieht allerdings noch Probleme bei der Umstellung des Gemeindehaushalts auf die Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015, vor allem in kleinen Gemeinden. Denn dieses neue System habe den Verwaltungsaufwand erhöht.

OBERÖSTERREICH



FPÖ-Bahn: „Gemeinden werden im Budget entlastet.“



LÄNDER-
SACHE

Marlene Svazek

FPÖ-Landesparteiobfrau Salzburg

Nicht schlecht haben wir gestaunt, als die Salzburger Medienlandschaft von den Provokationen der ÖVP in Richtung Neos berichtet hatte. Doch auch die Einvernahme grüner Agenden steht bei den Landes-Schwarzen bereits am täglichen Menüplan.

Weihnachtsfrieden

Die Respektlosigkeit gegenüber ihren Regierungsjuniorpartnern reicht inzwischen sogar so weit, dass man es nicht mehr für nötig empfindet, heikle Neuerungen im Bereich der Raumordnung gemeinsam zu besprechen. Stattdessen wird nur noch telefonisch informiert. Immerhin.

Die Demütigungen der ÖVP gegenüber ihren Partnern kennzeichnet nicht nur den omnipräsenten Machtrausch, in dem sich Haslauer & Co. in Salzburg befinden. Auch in der Außenwirkung soll man feststellen, wer hier der Boss ist. Kurz vor Ausschussabstimmungen über blaue Anträge etwa schweift der Blick von den Rängen der Grünen und Pinken durch den Plenarsaal in Richtung ÖVP. Stets mit treuherziger Miene auf das zustimmende Nicken wartend: „Dürfen wir da mitgehen?“

Wohl abgerichtet, würde man meinen. Denn wir erinnern uns auch gern an Momente zurück, an denen Haslauer selbst das Aufbegehren und die angedeutete Zustimmung des Grünen Josef Scheinast bei einem umweltschonenden FPÖ-Verkehrsantrag niederschmettern musste, und ihn noch im Landtagssaal unter vier Augen an die Kandare genommen hat.

Peinlich berührt wandten wir unsere Blicke ab, versichern euch, dass wir im neuen Jahr geeint als FPÖ zusammenstehen, und wünschen auch den Regierenden zumindest einen Weihnachtsfrieden.

GEZWITSCHER



Leo Kohlbauer

@LeoKohlbauer



Unfassbar: Die beiden Regierungsfractionen @SP_Wien und @gruene-wien blockieren die Ladung des zuständigen Magistratsbeamten in der #UKommission um prüfen zu können ob es Flächenwidmungen gegen Spenden an Vereine gegeben hat.

16. Dez. 2019 05:30

Für SPÖ und Grüne gelten andere Massstäbe. Denn Korruption und Freunderlwirtschaft gibt es, laut Medien, nur bei der FPÖ.

Thomas Mayer

@TomMayerEuropa



Mehr als vier Millionen Euro Abfertigung für den roten Casinos-Vorstand Hoscher, dem Führung nicht zugetraut wurde - aber alles bestens. Wie gut, dass Neos @BMeinl nur die schwarz-blaue Packerei in staatlich kontrollierten Konzernen prüfen wollen.

16. Dez. 2019 01:01

Da vergißt das rosa Blatt, dass das auch die SPÖ nicht will...

TELEGRAM



GEFÄLLT MIR



Norbert Hofer

17.12.2019

Bald wird Österreich von einer türkis-grünen Bundesregierung angeführt. Das bedeutet wohl massive Belastungen für die Autofahrer.

Türkis-Grün:



3.292 Personen gefällt das.

Wie Grüne mit Autofahrern umspringen, davon können die geplagten Wiener ein Lied singen.

Warum hörten diese dummen Briten nicht auf unsere Medien?

Österreichs Journalisten scheitern am Phänomen Boris Johnson

Boris Johnson hat die britische Parlamentswahl gewonnen, obwohl Österreichs Medien den Briten davon ausdrücklich abgeraten haben.

Am Vorwahlabend machte „Der Standard“ seinen Lesern noch Mut: „Warum Johnson trotz klarer Umfrageführung noch zittern muss“, denn das britische Mehrheitswahlrecht habe so seine Tücken.

Das unmögliche Wahlrecht

Nur erwischten diese Tücken diesmal die von unseren Medien favorisierten Sozialdemokraten. Das veranlasste den ORF auf seiner Homepage zur Hinterfragung desselben, denn in Summe hätten die Konservativen ja „nur“ knapp zwei Prozent mehr Stimmen bekommen



Boris Johnson und die Briten trotzen der EU-Mediokratie.

als bei der letzten Wahl, aber dafür 47 Abgeordnete mehr im Parlament. Das geht doch nicht!

Weshalb die Briten den „Brexit“-Befürworter mit einem „riesigen Vertrauensvorschuss“ trotz „aller Unzulänglichkeiten“ ausgestattet haben, darauf wusste „Die Presse“ klar die Antwort: „Boris Johnson, der Meister der Inszenie-

rung.“ Bei Sebastian Kurz war ja alles pure Überzeugungsarbeit.

Und so riet das „seriöse“ Blatt Johnson, seine „halbwitzigen Sprüche“ zu vergessen und jetzt mit der Union den Brexit „seriös handeln und verhandeln“. Als ob die EU dabei bisher seriös verhandelt hätte, Stichwort: Annexion Nordirlands über den „Backstop“.

FPÖ IN DEN MEDIEN

In Oberösterreich funktioniert die „alte Koalition“ zwischen ÖVP und FPÖ noch, im Land, wie in der Stadt Wels. Da muss auch das ÖVP-Organ „Neues Volksblatt“ neidlos anerkennen, dass in der zweitgrößten Stadt des Bundeslandes die Reformen des FPÖ-Bürgermeister Andreas Rabl „Früchte tragen“. So wird die Stadt

nach jahrelanger SPÖ-Schuldenwirtschaft in den beiden kommenden Jahren erstmals Überschüsse erwirtschaften und damit Verschuldung senken. Der Lohn der Arbeit: Wels hat wieder die höchste Bonitätsstufe.

Die von Norbert Hofer angestrebte Reform der FPÖ zeigt in Wiener Neustadt bereits

Von NEOS zur FPÖ



erste Wirkung: Jürgen Konecny, ehemaliger Regionalkoordinator bei den NEOS und auch Kandidat bei der letzten Gemeinderatswahl, wechselt zur FPÖ – zur Freude von FPÖ-Spitzenkandidat Michael Schnedlitz, der damit einen Profi im Bildungswesen und Wirtschaftsbereich dazugewonnen hat.



Das Telegram-Service der FPÖ:

Bequem, kostenlos und jederzeit kündbar!

So einfach funktioniert es:

- App „Telegram“ am Handy herunterladen!
- www.fpoe.at/telegram aufrufen und dem Kanal beitreten!
- Fertig! Ab sofort genießt Du unser Service!



FPÖ mit neuem Bezirksgeschäftsführer

Einen personellen Wechsel vollzog die FPÖ im Organisationsbezirk Grieskirchen/Eferding. Der Übergang erfolgte schrittweise seit Anfang August und wurde nun im Beisein des Bezirksparteiobmanns und FPÖ-Landesrats Wolfgang Klinger abgeschlossen. Der 37-jährige

Gemeindevorstand Thomas Radler aus Aschach/Donau folgt dem bisherigen Geschäftsführer Tilmann Schoberansky nach, der künftig die Geschäfte im Bezirk Vöcklabruck leiten wird. Radler war lange Jahre Mitglied im Landesvorstand der Freiheitlichen Jugend Oberösterreichs.



Bezirksparteiobmann Wolfgang Klinger (Mitte) verabschiedete Tilmann Schoberansky (l.) und begrüßte dessen Nachfolger Thomas Radler (r.).

Hofübergabe bei der FPÖ in Hochburg-Ach

Mit neuen, jungen Gesichtern startet die Innviertler FPÖ-Ortsgruppe Hochburg-Ach ins Jahr 2020. Der bisherige Gemeindevorstand Otto Wengler wird künftig nur noch als Ersatzgemeinderat tätig sein. An seine Stelle im Gemeinderat rückt der erst 25-jährige Alexander Berer nach, die um ein Jahr ältere Julia Berer übernimmt

den frei gewordenen Platz im Gemeindevorstand und ist dort die einzige weibliche Vertreterin in diesem Gremium. „In unserer Gemeinde funktioniert die Zusammenarbeit zwischen den Parteien sehr gut, speziell bei den Jungen. Sie haben gute Ideen und können diese jetzt auch umsetzen“, streute Wengler seinen Nachfolgern Rosen.



Der scheidende Ortschef Otto Wengler (rechts) mit den jungen Hoffnungsträgern der Freiheitlichen, Alexander und Julia Berer.

Das Team des Freiheitlichen Bildungsinstituts wünscht
fröhliche Weihnachten
und für das neue Jahr
Glück, Gesundheit und Erfolg!

www.fbi-politikschule.at

Einfach praktisch – die Lotterien App

Jetzt auch mit dem EuroBon Guthaben aufladen

Tippen, wo & wann man will – mit der Lotterien App können alle, die älter als 18 Jahre sind, jederzeit mobil EuroMillionen, Lotto, LottoPlus und Joker spielen. Das Guthaben für die „Glücksbörse“ ist nur bei Vertriebspartnern der Österreichischen Lotterien erhältlich.

Wie praktisch: Ab sofort kann man die Lotterien App auch mit dem EuroBon, also der Prepaid-Guthaben-Variante, aufladen. So einfach geht's: EuroBon in der Annahmestelle kaufen, Lotterien App gratis downloaden, Glücksbörse aktivieren und jederzeit mit dem „Guthaben aufladen“-Button den EuroBon scannen oder manuell eingeben. Natürlich kann die App wie bisher auch direkt in der Annahmestelle aufgeladen werden.

Ein Lotterien App-User hat übrigens bei der EuroMillionen-Ziehung am 6. Dezember, im Rahmen der „ÖsterreichSuperBonus“ Promotion, 100.000 Euro gewonnen.

Gewinnen per Glücksbörse – ob im Café, unterwegs oder von zu Hause. Jetzt App downloaden: <http://bit.ly/Lotterien-App-EuroBon>



Frohe Weihnachten mit Rubbellos

In den Winter-Rubbellosen stecken Gewinne von 35.000 bis 100.000 Euro

Passend zur Weihnachtszeit warten jetzt Rubbellose im winterlichen Design: Beim Rubbellos „1 Jahr Weihnachten“ warten als Hauptgewinn 5.000 Euro monatlich, ein ganzes Jahr lang. Der Hauptgewinn ist in dieser Serie dreimal enthalten. Zusätzlich befindet sich auf dem Rubbellos ein Bonus Spiel und damit die Chance, gleich doppelt zu gewinnen. Der Los kostet 3 Euro.



Ebenfalls weihnachtlich präsentiert sich das Rubbellos „Winterzauber“ in edlem Gold. Wahlich zauberhaft ist der Hauptgewinn in Höhe von 100.000 und die Chance pro Los gleich dreimal zu gewinnen. Das Rubbellos ist für 5 Euro erhältlich. Beim Rubbellos „Adventkalender“ stecken unter 24 Rubbelflächen drei Hauptgewinne in Höhe von 100.000 Euro sowie weitere Gewinne von 3 Euro bis 5.000 Euro. Und das Beste daran, jeder Kalender gewinnt! Mit dem Geschenkebonus in Form von drei kleinen Päckchen hat man die Chance, zusätzlich 10 x 1.000 Euro zu gewinnen. Der Lospreis beträgt 7 Euro. Drei Hauptgewinne zu je 35.000 Euro sowie weitere Gewinne von 3 Euro bis 1.000 Euro stecken im Rubbellos „Winter Cash“ mit Schneemann-Motiv. Mit zwei Spielen und somit zwei Rubbelflächen hat man die Chance, zweimal zu gewinnen. Das Rubbellos ist zum Preis von 3 Euro in allen Annahmestellen erhältlich.



Herbert Kickl
FPÖ-Klubobmann

Ing. Norbert Hofer
FPÖ-Bundesparteibmann

Johann Tschürtz
LH-Stv. im Burgenland

Einladung zum traditionellen

NEUJAHRSTREFFEN

Samstag, 11. Jänner 2020

Messe Oberwart · Halle 1

Zugang über Zentralfoyer · Garderobenbereich und Empfang Halle 1A

–
Ab 10.00 Uhr: Musik mit der „John Otti Band“

Ab 11.00 Uhr: LH-Stv. **Johann Tschürtz**

Klubobmann **Herbert Kickl**

Bundesparteibmann und Dritter Nationalratspräsident **Norbert Hofer**

–
Wir freuen uns auf euer Kommen!



fpoe.at